

Die Energiewende erleidet einen Rückschlag

Bezahlartikel

<https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/zweifel-an-der-energiewende/story/15835771>

Das muss anders werden:
Restwassermenge nahe
null unterhalb des
Kraftwerks Sahli an der
Muota im Herbst 2013.
Foto: Sigi Tischler
(Keystone)



Stefan Häne
Redaktor Politik
[@stefan_haene](#) A BO+08:05

(Redaktion Tamedia)
Erstellt: 02.03.2019, 07:11 Uhr

Unbehagen macht sich breit. Schrittweiser Atomausstieg, damit verknüpft weniger Stromproduktion im Inland, unsichere Teilnahme am EU-Strombinnenmarkt: Die **Energiepolitiker** im **Ständerat** sehen die Stromversorgungssicherheit in der Schweiz beeinträchtigt. Hinzu kommt, wie sie warnen, ein absehbarer Kapazitätsabbau im nahen Ausland, etwa Deutschlands Atomausstieg bis 2022.

Der **Bundesrat** soll nun aufzeigen, wie die Schweiz ihre Versorgungssicherheit durch eine «angemessene» Inlandproduktion gewährleisten kann. So verlangt es die ständerätliche Energiekommission in einer Motion, die sie an ihrer letzten Sitzung ohne Gegenstimme eingereicht hat – ein bemerkenswerter Schritt: Die Kommission stellt zur Mehrheit Ständeräte aus CVP, SP, BDP und Grünen – Parteien, die wie die Mehrheit des Stimmvolks die Energiestrategie des Bundes und damit den Atomausstieg unterstützen.

Einbusse wegen Naturschutz

«Wir dürfen den Bogen nicht überspannen», sagt Beat Rieder (CVP). Der Ständerat blickt mit Sorge auf die Entwicklung der neuen erneuerbaren Energien, die den wegfallenden Atomstrom zum Teil ersetzen sollen: Die Windkraft kommt kaum vom Fleck, die Sonnenenergie weniger gut, als sie könnte, bei der Tiefengeothermie herrscht Flaute. «Und bei der Wasserkraft werden sich die Probleme verschärfen, sollten wir keinen Kompromiss finden», sagt Rieder.

Die Wasserkraft macht heute gegen 60 Prozent der Schweizer Stromproduktion aus. Bis 2035, so das Ziel der Energiestrategie, soll sie pro Jahr 37400 Gigawattstunden (GWh) liefern, 2050 deren 38600, das sind 1500 respektive 2700 GWh pro Jahr mehr als heute. Der Ausbau wird realiter aber grösser sein müssen, denn gleichzeitig werden die Wasserkraftwerke in Zukunft weniger Strom produzieren. Warum? Als die Werke gebaut wurden, die meisten zwischen 1945 und 1970, erhielten die Betreiber eine Konzession für in der Regel 80 Jahre, ohne Moore, Auenwälder und andere ökologisch sensible Räume, die sie zerstört hatten, sanieren oder Ersatz dafür schaffen zu müssen. Das ändert sich nun im Rahmen der anstehenden Neukonzessionierungen. Das Gewässerschutzgesetz verlangt höhere Restwassermengen, die unterhalb der Stauseen in den Bächen und Flüssen verbleiben.

Das Gesetz indes lässt unterschiedlich strenge Auslegungen dieser Auflage zu. Der Wasserwirtschaftsverband (SWV) wirft den Behörden vor, die ökologischen Anforderungen schleichend zu erhöhen. So etwa werde nicht nur auf das natürliche, sondern neu auch das potenziell mögliche Verbreitungsgebiet von geschützten Arten abgestellt. Auch führe der Auenschutz zu immer höheren Anforderungen.

50 Wasserkraftwerke fehlen

Das hat Folgen, wie der Verband in einer im letzten Herbst publizierten Studie aufzeigt: Während der Bund bislang mit Einbussen von 3 Prozent der heutigen Wasserkraftproduktion gerechnet hat, geht der Verband von 6 bis 17 Prozent aus. Mit anderen Worten: Um das angestrebte Ausbauziel zu erreichen, braucht es bei den Wasserkraftanlagen bis 2050 zusätzlich einen Ausbau von fast 2300 GWh, also insgesamt gegen 5000 Gigawattstunden. Zur Einordnung: So viel Strom produzieren 50 mittelgrosse Wasserkraftwerke oder 1000 typische Windturbinen. Ein solcher Ausbau sei mindestens sehr ambitiös, wenn nicht gar unrealistisch, sagt SWV-Geschäftsführer Roger Pfammatter. Die Problematik sei umso dringlicher, als auch aus anderen ökologischen Sanierungen der Wasserkraft – etwa Fischwanderung – noch nicht bezifferbare Produktionseinbussen zu erwarten seien.

Der Verband verweist auf aktuelle Fälle. Bei der Wasserkraftanlage Chippis-Rhône drohen Einbussen von 10 Prozent. Das Walliser Kantonsparlament fordert deshalb die Bundespolitiker auf, das Gewässerschutzgesetz zu lockern. Die ständerätliche Urek hat über die Standesinitiative noch nicht entschieden, aber die Bundesverwaltung mit Abklärungen beauftragt. Denn: Chippis-Rhône ist kein Einzelfall. Bei den Muotakraftwerken (SZ) zum Beispiel erwarten die Betreiber Einbussen von 12 bis 15 Prozent, bei Kraftwerken an den Flüssen Ticino, Maggia und Brenno im Tessin sind es allein durch die aktuell verfügbaren Restwassersanierungen 7 Prozent.

Der Bundesrat teilt die Kritik nicht: Bislang würden die Kantone das Gewässerschutzgesetz massvoll umsetzen, die wirtschaftlichen und

energetischen Interessen würden teilweise sogar stärker gewichtet als die ökologischen. Auch unterstreicht der Bundesrat die Bedeutung ökologisch wertvoller Lebensräume, etwa Auen, deren Schutz für den Erhalt der Biodiversität in der Schweiz von Bedeutung sei.

Erste Resultate bis im Juni

Das Bundesamt für Energie äussert sich zu den Zahlen der Wasserkraft-Lobby nicht. Die Experten von Simonetta Sommaruga (SP) berechnen aber das Potenzial der Wasserkraft neu, die Resultate sollen bis im Juni vorliegen. Auch aktualisieren sie bis 2020 die Energieperspektiven.

Unter Druck ist der Gewässerschutz auch durch eine parlamentarische Initiative von SWV-Präsident und SVP-Chef Albert Röstli. Wasserkraftbetreiber sollen im Rahmen von Neukonzessionierungen nur für neue Eingriffe in schutzwürdige Lebensräume Ersatz leisten müssen, nicht aber für Eingriffe, die vor Jahrzehnten in damals nicht geschützte Landschaften erfolgten. Die Energiekommissionen von National- und Ständerat haben Röstlis Vorstoss bereits gutgeheissen. Beim Disput geht es um viel Geld. Röstli warnt vor erheblichen Kosten. Allein beim Kraftwerk Chippis-Rhône werden die Umweltmassnahmen auf 16 Millionen Franken geschätzt.

Vor diesem Hintergrund resümiert SWV-Geschäftsführer Pfammatter: «Eine strenge Auslegung der Anforderungen an die Restwassermengen passt nicht mit Energiestrategie 2050 zusammen.» Bei den noch offenen Sanierungen und den künftigen Konzessionserneuerungen brauche es eine «massvolle» Auslegung und Umsetzung der Anforderungen. Eine solche orientiere sich an den gesetzlichen Mindestrestwassermengen und verzichte auf zusätzliche Erhöhungen. «Wir müssen der bestehenden Wasserkraftproduktion auch aus ökologischer Sicht besondere Sorge tragen», sagt Pfammatter, denn ob der notwendige Ersatz der Stromproduktion umweltfreundlicher gelinge, sei sehr fraglich.

«Ohne Abstriche machbar»

Naturschützer anerkennen den Wert der Wasserkraft. Julia Brändle vom WWF Schweiz sagt: «Die Energiewende ist ohne Abstriche beim Gewässerschutz machbar.» Die grossen Potenziale lägen beim Solarstrom und bei der Energieeffizienz. Auch habe das Volk mit dem Ja zur Energiestrategie seinen Willen zu einer umweltverträglichen Energieversorgung bestätigt. Ausgetrocknete Bäche und Auen oder aussterbende Wanderfische seien nicht umweltverträglich.

Der Glaube an die Windkraft in der Schweiz wird immer wieder erschüttert. Jüngstes Beispiel ist der neue Windatlas 2019 des Bundesamts für Energie (BFE). Die neue Potenzialkarte für Windenergie weist gemäss BFE in den meisten Regionen im Vergleich zur Ausgabe 2016 leicht tiefere Windgeschwindigkeiten auf. Der schweizerische Verband für eine vernünftige Energiepolitik und Raumplanung, Freie Landschaft Schweiz, nimmt die neuen

Daten zum Anlass, dem Bundesamt für Energie ein falsches Spiel vorzuwerfen. Die Behörden hätten 2017 im Vorfeld der Abstimmung über die Energiestrategie 2050 die Daten beschönigt und ein massiv zu hohes Windvorkommen prognostiziert, schreibt der Verband. Sie gehen noch weiter und monieren eine viel zu enge Zusammenarbeit mit der «Windlobby» Suisse Eole.

Das BFE wehrt sich gegen diesen Vorwurf. «Wir können nur Daten abbilden, die wir auch zur Verfügung haben, 2016 war die Datengrundlage kleiner als heute», sagt Marianne Zünd vom BFE. Für den Windatlas wurden Daten von 396 lokalen und langfristigen Windmessungen verwendet. Das sind gemäss BFE viermal mehr Informationen als bei der letzten Studie. Die räumliche Verteilung der Windressourcen seien unverändert.

Unveränderte Zielsetzung

Windenergie soll gemäss Energiestrategie 2050 sieben bis zehn Prozent des Schweizer Strombedarfs decken. Diese Zielsetzung hat sich offensichtlich nicht geändert. Der Bund geht jedenfalls auf der Website zum neuen Windatlas (www.windatlas.ch) von der gleichen Grössenordnung aus. Neue Berechnungen zu den Energieperspektiven will der Bund erst in der zweiten Hälfte 2020 präsentieren. «Die Windkarte ändert am Potenzial der Windenergie in der Schweiz nichts», sagt Karl Vogler, Nationalrat (CSP) und Vorstandsmitglied von Suisse Eole.

Die Windkarte diene lediglich einer Grobevaluation von Gebieten, welche für detailliertere Abklärungen infrage kommen. Vogler ist optimistisch: «Die derzeit geplanten Anlagen würden es erlauben, rund die Hälfte des bis 2050 anvisierten Beitrags aus Windenergie zu produzieren.»

Derzeit sind 37 Grossanlagen am Stromnetz und decken knapp 0,2 Prozent des jährlichen Stromverbrauchs ab.

Neue Atomreaktoren für den Klimaschutz

<https://www.tagesanzeiger.ch/sonntagszeitung/neue-atomreaktoren-fuer-den-klimaschutz/story/10530043?track>

Die Atomlobby will das AKW-Verbot mittelfristig aufheben, um den CO₂-Ausstoss zu senken.

Der Ausstieg aus der Atomenergie müsse überdacht werden, fordern Politiker: AKW Gösgen. Foto: AFP

Denis von Burg
Ressortleiter Politik
[@sonntagszeitung](#) Adrian Schmid
Redaktor Politik
[@adschmid](#) ABO+10.02.2019



(SonntagsZeitung)
Erstellt: 10.02.2019, 08:38 Uhr

In der Klimadebatte erhebt jetzt auch die Atomlobby ihre Stimme wieder. Und bricht ein Schweizer Tabu. Nuklearforum-Präsident, Gewerbedirektor und FDP-Nationalrat Hans-Ulrich Bigler fordert mittelfristig ein Rückkommen auf den erst gerade beschlossenen Ausstieg aus der **Atomenergie**. Seine Argumentation: Die zur Erreichung der Klimaziele nötige CO₂-Reduktion sei nur mit Atomenergie zu schaffen. «Werden die CO₂-Reduktionsziele hoch angesetzt oder die Gletscherinitiative angenommen, wird man ernsthaft über die Aufhebung des Kernkraftverbots und den Einstieg in neue Kernkrafttechnologien nachdenken müssen.»

Die Gletscherinitiative verlangt, dass bis 2050 keine fossilen Brenn- oder Treibstoffe mehr verwendet werden. In der hitzigen Debatte über die Verschärfung des CO₂-Gesetzes zur Erreichung der Pariser Klimaziele wird ebenfalls eine drastische Reduktion des CO₂-Ausstosses gefordert. Bigler ist überzeugt, dass der Ersatz der fossilen Energieträger durch Strom nur mittels neuer Atomenergie gelingen könne. «Man muss die ideologischen Scheuklappen jetzt fallen lassen», sagt er.

Dass der Wiedereinstieg sofort möglich wäre, glaubt Bigler nicht. Noch fehle die Bereitschaft, in ein Atomkraftwerk zu investieren. Er ist aber überzeugt: «Neue Reaktortypen, die Sicherheit gewährleisten und das Abfallproblem lösen, werden dazu führen, dass es wieder Investoren gibt.» Dann müsse man das «Atomverbot aufheben». Deshalb startet Bigler jetzt eine Werbekampagne: «Man muss aufzeigen, dass es durchaus interessant sein kann, über den Einsatz neuer Technologien in der Kernenergie nachzudenken.» Nächste Woche will er in der Onlineausgabe der «Schweizerischen Gewerbezeitung» einen Aufsatz publizieren. Weitere Beiträge in Zeitungen sind geplant.

FDP-Nationalrat Hans-Ulrich Bigler. Bild: LAB



Biglers Hauptargument ist die internationale Entwicklung. Mehrere Forscher fordern verstärkte Investitionen in die Kernenergie. Als CO₂-freie Technologie dürfe man die Atomkraft nicht vernachlässigen, um den **Klimawandel** zu bremsen, sagen sie. Auch Microsoft-Gründer Bill Gates setzt sich für neue Atomreaktoren ein und investiert selbst in die Technik. Gemäss Bigler habe man selbst an der UNO-Klimakonferenz in Katowice «die richtige Folgerung» gezogen, nämlich dass die Kerntechnologie «ausdrücklich eine Chance» sei. Auch in der Schweiz steht Bigler nicht allein da. «Wir müssen die Diskussion über neue Kernkraftwerke früher oder später wieder aufnehmen», sagt SVP-Nationalrat Christian Imark. In der Energiestrategie sei zwar der Atomausstieg beschlossen worden. «Wie von uns befürchtet zeigt sich nun aber, dass die von den Befürwortern gemachten Versprechen unrealistisch und falsch sind.» Die Strategie sei weder sicher noch sauber noch schweizerisch. «Im Gegenteil, sie führt zu instabilen Netzen, Auslandabhängigkeit und mehr CO₂-Ausstoss.»

Bei den Freisinnigen wird das Klimachaos noch grösser

FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen schliesst einen AKW-Neubau, um Klimaziele zu erreichen, auch nicht aus. «Wir haben in der Energiestrategie immer gesagt, dass wir keine Denkverbote wollen und bei neuen Technologien offen sind, was auch in internationalen Organisationen so gehandhabt wird.»

Bigler sorgt aber auch dafür, dass in der FDP die Situation noch unübersichtlicher wird. Die Partei tut sich momentan schwer mit dem **Klimaschutz**. In den letzten Wochen musste sich die FDP-Fraktion viel Kritik anhören, weil sie das CO₂-Gesetz im Nationalrat verwässert hatte. Zuletzt versuchten die progressiven Kräfte innerhalb der Partei Gegensteuer zu geben, allen voran die FDP-Ständeräte Ruedi Noser und Damian Müller. Und nun ist auch der Atomflügel wieder erwacht. Das Klimachaos in der FDP ist perfekt – und das acht Monate vor den Wahlen, bei denen die Klimafrage eine entscheidende Rolle spielen könnte.